

Handelsblatt print: Heft 172/2022 vom 06.09.2022, S. 16 / Politik

HANDELSBLATT INSIGHT LNG-TERMINAL

Ohne Bürokratie, aber nicht ohne Protest

Über Brunsbüttel soll Deutschland künftig mit Flüssiggas versorgt werden. Jetzt geht es um die Frage: Wie schnell können wir bauen, wenn es drauf ankommt? Die kurze Antwort: schnell. Aber das hat einen Preis.

Axel Wendt ist nur einmal in seinem Leben umgezogen - und zwar eine Straße weiter. Der 56-Jährige lebt in einem hier typischen roten Ziegelhaus mit einer Hecke, die seinen Vorgarten vom Bürgersteig trennt. Untypisch ist nur die Lage: Brunsbüttel Süd. Denn eigentlich gilt: in Nord, da schläft, in Süd, da arbeitet man.

Vor seiner Tür hört Wendt das Poltern der Hafenanlage und das Wummern der Hilfsmotoren, wenn Tanker am Hafen ankommen. "Am Ende hat die Wirtschaft immer einen längeren Arm als die Menschen vor Ort", sagt Wendt, Vorsitzender des CDU-Ortsbeirats Brunsbüttel Süd.

In diesen Wochen, so scheint es, bestätigt sich das mal wieder. Wo Wendt als Kind geangelt hat, soll ein schwimmendes LNG-Terminal gebaut werden, eine Art Tankstelle für Flüssigerdgas. Nur: Dieses Mal entsteht das Projekt nicht, weil die Wirtschaft mal wieder einen längeren Arm hätte. Dieses Mal geht es ums nationale Interesse. Das macht die Lage nicht einfacher.

Brunsbüttel ist neben Wilhelmshaven, Stade und Lubmin einer der vier Orte, in denen der Bund "Floating Storage and Regasification Units" (FSRU) plant - insgesamt fünf schwimmende LNG-Terminals. LNG ist verflüssigtes Erdgas, auf minus 161 bis minus 164 Grad abgekühlt. Politisch aber steht es für die schnelle Unabhängigkeit Deutschlands von russischem Erdgas, für einen schnellen Ausweg aus der Gaskrise.

Dabei gibt es nur einen Haken: Deutschland hat bisher kein einziges Terminal, um dieses Gas anzulanden und in gut verbrennbares Gas umzuwandeln. Und da kommt Brunsbüttel ins Spiel.

Die Bundesregierung hat zum 1. Juni das LNG-Beschleunigungsgesetz beschlossen. Es soll ein sonst langjähriges Genehmigungsverfahren auf ein halbes Jahr verkürzen. Mit dem Gesetz soll Deutschland schon Ende des Jahres in Brunsbüttel Erdgas zapfen können.

So ist die 13.000-Einwohner-Stadt quasi über Nacht zum gleich zweifachen Pionier geworden: Einer auf den Weg Deutschlands in eine russlandgasfreie Zukunft, und einer in ein Zeitalter, in dem nicht mehr nur Bürokratie, sondern auch Tatkraft und Tempo die Entwicklung des Landes prägen.

Und während sich Deutschland über die schnellen Verfahren freut, weil Brunsbüttel so etwas wie die einzige Hoffnung in Zeiten der **Energieknappheit** ist, trifft es die Menschen in Brunsbüttel in ihrem Alltag. Klar, eigentlich wünschen sich viele schlankere Genehmigungsverfahren, schnellere Behörden, kurz: weniger Bürokratie. Aber kann Deutschland das auch ganz praktisch?

Pragmatisches Denken hat Tradition in Brunsbüttel

Es ist ja nicht so, als ob sie in Brunsbüttel nicht pragmatisch darin wären, ihre Prinzipien an profitable Geschäfte anzupassen. Axel Wendt ist einer der 917 Anwohner in Brunsbüttel Süd, die nicht umgesiedelt wurden, als sich in den 60ern immer mehr Industrieunternehmen in seiner Nachbarschaft angesiedelt haben.

Chemiekonzerne wie Lanxess, Yara und Covestro bilden heute den Chemcoastpark, das bedeutendste zusammenhängende Industrie- und Gewerbegebiet Schleswig-Holsteins.

Nur fünf Autominuten von Wendts Haustür steht das in den 70ern gebaute und mittlerweile stillgelegte Atomkraftwerk. Wenn er auf dem Deich hinter seinem Haus spaziert, blickt er nicht nur auf die Elbe, sondern auch auf den Hafen und die Industrieanlagen. "Wir waren immer gute Nachbarn", sagt Wendt.

Grundsätzlich findet er das LNG-Terminal eine gute Sache, allerdings sei er kaum informiert worden. Erst auf der Bauausschusssitzung Mitte August habe man ihn in die Pläne zur FSRU eingeweiht. "Ich hatte da aber den Eindruck, alle waren sich schon einig", sagt er, "ich hätte aber gern mit am Tisch gesessen." So ist es jetzt eben, wenn es schnell gehen muss.

Als er die Lagepläne gesehen hat, wurde ihm klar: Die Flüssigerdgastankstelle rückt näher an sein Baugebiet ran, als ihm lieb

ist. Eigentlich hatte er anderes für Brunsbüttel Süd vor: Ein neuer Bebauungsplan sollte den Stadtteil wieder aufhübschen und lebenswerter machen. Doch nun hat das LNG-Terminal Vorrang.

Dabei weiß er nicht mal, wie laut die Gastransporte sein werden. "Warum kommt das FSRU auf diese Seite des Hafens und nicht auf die andere?", eine Frage, die ihm die Anwesenden auf der Bauausschusssitzung nicht beantwortet haben.

Ein LNG-Tanker soll den Hafen in Brunsbüttel etwa einmal die Woche beliefern. Der Stromkonzern RWE verantwortet das Projekt und hat die FSRU beim Flottenbetreiber Høegh LNG gechartert.

Ein Schiff ist etwa 300 Meter lang und kann laut Angaben von RWE zwischen fünf und sieben Milliarden Kubikmeter Gas ins Netz einspeisen. Alle vier vom Bund gecharterten FSRUs zusammen könnten also im besten Fall rund 30 Prozent des deutschen Bedarfs von 90,5 Milliarden Kubikmetern pro Jahr decken.

Wer sich fragt, warum das Terminal in Brunsbüttel gebaut wird, der unterhält sich am besten mit Frank Schnabel. Er ist Chef vom Brunsbütteler Hafen und Sprecher der örtlichen Industrie: "Das Abgelegene der Region ist jetzt unser Vorteil. Wir haben Wasser und Platz."

Was Brunsbüttel aber auch hat, ist ein Planungsvorteil: Schon vor Jahren träumte Schnabel von einem festen Importterminal für LNG. "2014 annektierte Putin die Krim, mir war damals schon bewusst, dass er den Gashahn zudrehen könnte."

Die Industrie vor Ort - darunter viel Chemie - sei dermaßen auf Gas angewiesen, dass Deutschland Alternativen bräuchte. Mit seiner Idee ging er zum Staatssekretär des damaligen Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel (SPD). Doch der Bund hatte kein strategisches Interesse. Russland lieferte ja immer.

Ohne die Beteiligung des Bundes, dafür aber mit dem Land Schleswig-Holstein und dem Investor und Fernleitungsnetzbetreiber Gasunie habe er an den Plänen weitergearbeitet. Doch im letzten Jahr drohte das Projekt endgültig zu scheitern. Nord Stream 2 sollte kommen und die Akzeptanz für Flüssigerdgas ging verloren, erinnert sich Schnabel. "LNG war plötzlich nicht mehr kommunizierbar."

Fassungslosigkeit über Deutschlands **Energiepolitik**

LNG ist ein fossiler Brennstoff und wird aus Ländern wie Katar, Algerien, Norwegen, den USA und Australien eingeschifft. "Aus klimapolitischer Sicht (...) ist ein verstärkter Einsatz von LNG insbesondere im Vergleich zu per Pipeline transportiertem Gas nicht begründbar", schrieb das Bundesumweltministerium noch in einer Studie von 2019. Grund dafür ist der **Energieaufwand**, der bei Verflüssigung und Kompression von LNG Treibhausgasemissionen verursacht.

Schaut Schnabel durch sein Bürofenster, blickt er auf das Hafengelände. Vor dem Büro liegt ein Windkraftflügel neben dem anderen. Die deutsche **Energiepolitik** macht den Hafenchef fassungslos. "Die letzten fünf Jahre haben wir so gut wie keine einzige Windkraftanlage umgeschlagen, weil keine errichtet wurden." Er sei auch für Klimaschutz, aber das ginge nicht von heute auf morgen und schon gar nicht, ohne die Erneuerbaren zu fördern.

Doch durch den Angriffskrieg auf die Ukraine wurden Schnabels LNG-Pläne auf einmal realistisch. Auch weil der Hafenchef schon so viel Vorarbeit geleistet hat, kann das schwimmende Terminal in Brunsbüttel so schnell in Betrieb gehen.

In der norddeutschen Kleinstadt soll neben dem schwimmenden auch das von Schnabel lang erträumte feste LNG-Terminal entstehen. Es soll 2026 in Betrieb gehen, die FSRU ersetzen und später auf Wasserstoffderivate wie Ammoniak umgerüstet werden können. Dann wäre das Ganze nicht nur ein Übergang in eine politisch saubere, sondern auch in eine ökologisch saubere **Energiezukunft**.

In der Bauausschusssitzung, auf der die Pläne zur FSRU vorgestellt werden, sitzt Hafenchef Frank Schnabel neben Norbert Pralow. Schnabel trägt braune Wildlederschuhe und Hilfigersocken. Pralow Trekkingsandalen, in denen seine nackten Füße zu sehen sind. Nicht nur ein weißer Tisch steht zwischen den beiden, auch ihre Weltsicht.

Norbert Pralow ist Aktivist. Sein Kerngebiet ist eigentlich die Antiatomkraftbewegung, jetzt beschäftigt er sich allerdings hauptsächlich mit LNG. Bei einem Deichspaziergang zeigt er auf eine Wiese, auf der Kühe grasen.

Der 132 Meter hohe Schornstein mit grünen, gelben, blauen und pinken Puzzleteilen sticht hervor - die Konzernfarben von Covestro. "Hier auf dieser Wiese soll das stationäre Terminal stehen", sagt Pralow. Dann zeigt er auf die Sonderabfallverbrennungsanlage (Sava). "Ein ähnliches Modell ist in Leverkusen vor gut einem Jahr explodiert. Es gab Tote und Verletzte."

Sicherheitsbedenken sind nicht sein Hauptanliegen. Pralow will den Planeten retten, will weg von fossilen Brennstoffen. "Es geht allein um ein Weiter-so in der Industrie, dabei wäre jetzt der Zeitpunkt, einen radikalen Kurswechsel in Richtung **erneuerbare Energien** umzusetzen." Dass dabei auch Arbeitsplätze riskiert würden, ist Pralow bewusst.

Das Argument, dass es der Politik bei den LNG-Terminals um die warme Stube von Privathaushalten gehe, das hält der Umweltaktivist für vorgeschoben. Es gehe allein um die Profite der Großkonzerne und lange nicht mehr um Klimapolitik: "Robert Habeck hat viele der grünen Ideen über Bord geworfen."

Mit den Bürgern in Brunsbüttel mit denen könne man es machen, sagt Pralow, "sie wünschen sich die Ansiedlung des Terminals". Die Arbeitsplätze seien trotz der ansässigen Industrie knapp. Und Umweltverbände und Öffentlichkeit scheint die Politik auch nur bedingt anzuhören.

Wenig Zeit für Fragen von Bürgern

Im Fall Brunsbüttel geht es nicht nur um die Terminals, sondern auch um die Gasleitungen, die LNG-Infrastruktur. Das LNG-Beschleunigungsgesetz "sieht mit dem Bau der LNG-Terminals und der dazugehörigen Anlagen eine langfristige Investition in fossile Infrastruktur vor", heißt es in einem Positionspapier von der Green Legal Impact Germany, einer Beratung für Umweltrecht.

Normalerweise sei bei dem Bau von Gasleitungen eine Öffentlichkeitsanhörung üblich, sagt Umweltrechtlerin Franziska Johanna Albrecht von Green Legal Impact. Stattdessen wurden ordnerweise Unterlagen mit einer zweiwöchigen Frist für Einwände ins Internet gestellt. "Bei derart verkürzten Fristen ist es fraglich, ob der Öffentlichkeit ausreichend Zeit zur Vorbereitung und Beteiligung während des umweltbezogenen Entscheidungsverfahrens gegeben wird", sagt Albrecht.

Brunsbüttel ist eine Stadt, in der jede Dönerbude einen eigenen Wegweiser bekommt. Die 13.000 Einwohner und Einwohnerinnen können ins Theater, ins Hallen- und ins Freibad gehen. Bürgermeister Martin Schmedtje nennt das "eine teure Infrastruktur" für wenige Menschen.

Eigentlich war die Stadt für etwa 30.000 Einwohner geplant, als sich in der 60ern die großen Chemieunternehmen ansiedelten. Doch dann kam die Öl- und Wirtschaftskrise, die die Ausbreitungspläne der Firmen beendete. Ende der 80er stellte die Deutsche Bahn den Personenverkehr ein - der erhoffte Zuzug blieb aus.

Martin Schmedtje ist parteilos, weil "er den Menschen dienen, sich aber nicht an eine Partei verkaufen möchte". Er ist für Klimaschutz, besonders wegen seiner Kinder, sieht das LNG-Terminal aber auch als einen Übergang hin zu klimafreundlicher Technologie. "Wenn es bei uns nicht gebaut wird, dann woanders." Und das wäre schade, denn für den Bürgermeister ist die neue Gastankstelle eine "enorme Chance für die Region".

Und tatsächlich ist die ansässige Entwicklungsgesellschaft allein für Flächen im Chemcoastpark in Brunsbüttel Süd mit zehn Unternehmen im Gespräch. Für den parteilosen Schmedtje ist das nur logisch: Da wo die **Energie** ist, siedeln sich auch Unternehmen an.

Am Handgelenk trägt Schmedtje ein schwarz-blau-weißes Armband - die Farben des HSV. Bürgernah will er sein, und mit dem Armband komme er direkt ins Gespräch. Zum geplanten schwimmenden Terminal soll es bald extra eine Informationsveranstaltung geben, damit alle Bürger ihre Fragen stellen können. Ändern werden die Brunsbütteler wahrscheinlich nichts mehr.

Zwei Dinge sind Schmedtje dennoch wichtig: "Die Sicherheit und die Rechtsstaatlichkeit dürfen nicht baden gehen, aber da vertraue ich unseren Genehmigungsbehörden vollumfänglich."

Und spätestens an der Stelle wird klar: Weniger Bürokratie bedeutet eben auch: mehr Vertrauen.

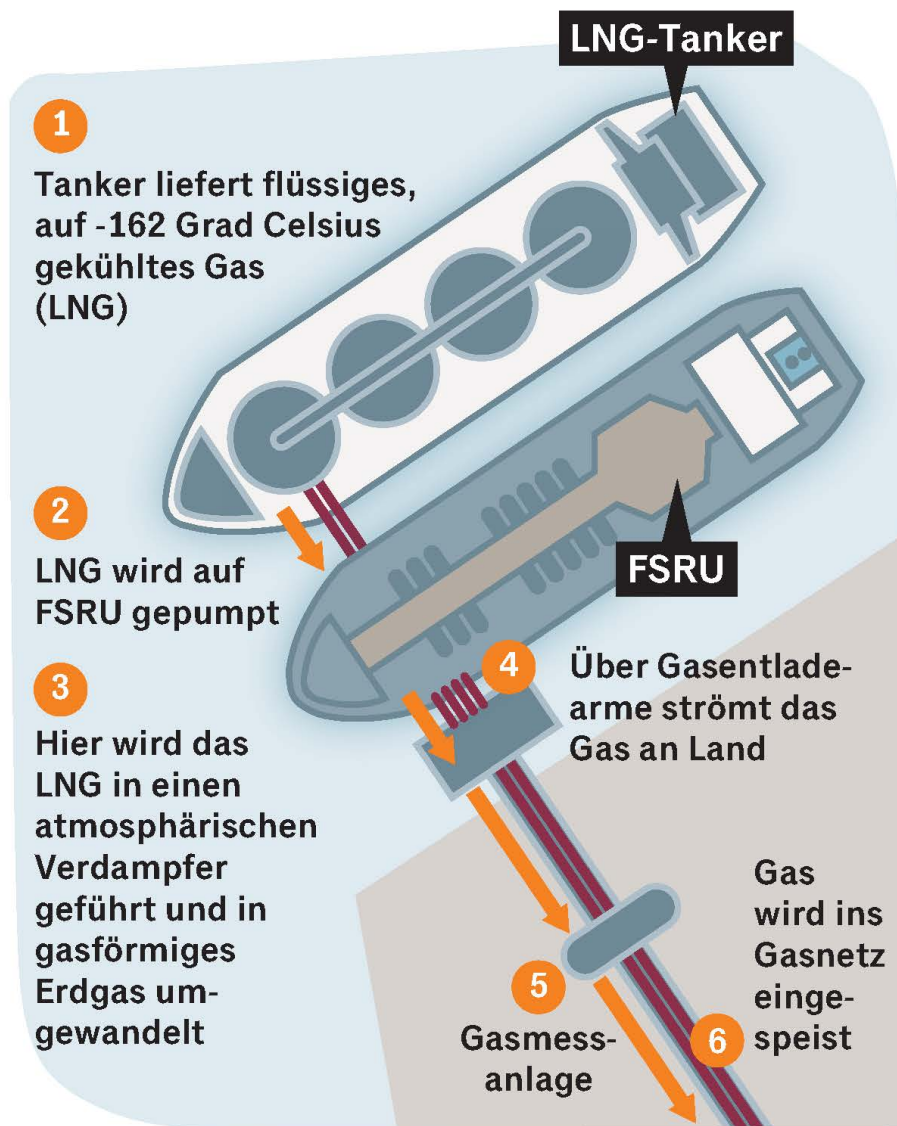
ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Am Ende hat die Wirtschaft immer einen längeren Arm als die Menschen vor Ort. Axel Wendt Vorsitzender des CDU-Ortsbeirats Brunsbüttel Süd Die Sicherheit und die Rechtsstaatlichkeit dürfen nicht baden gehen, aber da vertraue ich unseren Genehmigungsbehörden vollumfänglich. Martin Schmedtje Bürgermeister von Brunsbüttel

Schwimmendes LNG-Terminal

Mehr Unabhängigkeit in der deutschen Energieversorgung

FSRUs (Floating Storage and Regasification Units) sind Spezialschiffe, die eine schnelle Übergangslösung zum Anlanden von verflüssigtem Erdgas (LNG) bieten, bis die ersten LNG-Terminals auf dem deutschen Festland fertiggestellt sind.



HANDELSBLATT

Quelle: Eigene Recherche

Handelsblatt Nr. 172 vom 06.09.2022

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Energiebranche: Erdgasversorgung - Schaubild zum Vorgang der Lieferung von LNG per Tanker über FSRUs ins Gasnetz (MAR / TEC / Grafik)



Handelsblatt Nr. 172 vom 06.09.2022
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Deutschland: Erdgasversorgung - Standorte für FSRU-Terminal und LNG-Terminals (MAR / GEO / Grafik)

Keilen, Annika

Quelle:	Handelsblatt print: Heft 172/2022 vom 06.09.2022, S. 16
Ressort:	Politik
Branche:	ENE-06 Erdgas P1312 TRA-10-02-02 Häfen P4462
Dokumentnummer:	2ED7103D-1C48-4E22-8D10-E6F4BED686B7

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_2ED7103D-1C48-4E22-8D10-E6F4BED686B7%7CHBPM_2ED7103D-1C48-4E22-8D10

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

